

ARBEITSAUFGABEN

A₂

Gruppenarbeit

Auseinandersetzung mit ExpertInnen

Die vier Gruppen konstituieren sich wieder in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung. Die SchülerInnen sollen jetzt ihre Analyse und Bewertung zum Thema der Gruppenarbeiten mit den Aussagen von ExpertInnen konfrontieren:

Gruppe 1 beschäftigt sich mit den Ursachen für die Rückläufigkeit der Wahlbeteiligung (M_9), der Funktion des Parteibuchs (M_{10}) und den Ursachen für den Rückgang des Einflusses der Großparteien (M_{11}).

Gruppe 2 beschäftigt sich mit dem Wandel der WählerInnenschichten und des Wahlverhaltens (M_{12}).

Gruppe 3 beschäftigt sich mit der Funktion des Proporz (M_{13}), der Kritik am Proporz (M_{14}) und dessen Rückgang (M_{15}).

Gruppe 4 beschäftigt sich mit den Vorteilen der Sozialpartnerschaft 1 und 2 (M_{16} – M_{17}) und der Kritik an der Sozialpartnerschaft (M_{18} – M_{19}).

Die Aufgabenstellung ist diesmal für alle Gruppen die gleiche:

- ▶ Welche Ursachen werden in den Texten für den Wandel der politischen Kultur in Bezug auf das Gruppenthema genannt?
- ▶ Welche davon haben Sie selbst schon gefunden, welche sind neu? Welche kommen in den Texten nicht vor?
- ▶ Jemand aus Ihrer Gruppe soll zusammenfassend die Ergebnisse in der Klasse präsentieren.

M₈ Sozialpartnerschaft 1

Der Parteienstaat der Zweiten Republik hatte sich, von Anfang an, ein zweites Leben geschaffen, auf das er ausweichen konnte – den Verbändestaat und die mit diesem verbundene Sozialpartnerschaft. 1945 gründeten die Vertreter der sozialdemokratischen und der christlichen Richtungsgewerkschaften, unter Beteiligung kommunistischer Gewerkschafter, den Österreichischen Gewerkschaftsbund. Von Anfang an hatten die Sozialisten im ÖGB eine dominante, durch Betriebsratswahlen legitimierte Stellung. 1946 wurde, durch Gesetz, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft gegründet – als Dachverband über die schon seit dem 19. Jahrhundert bestehenden Handelskammern der Länder. In diesen hatte der Österreichische Wirtschaftsbund, Teilorganisation der ÖVP, die entscheidenden Positionen – gestützt auf die Ergebnisse der Kammerwahlen.

Diese beiden Verbände, ergänzt durch die SPÖ-dominierten Arbeiterkammern und durch die vom ÖVP-Bauernbund beherrschten Landwirtschaftskammern, bildeten das Netzwerk der Sozialpartnerschaft. Diese begann mit den fünf Lohn-Preisabkommen 1947 bis 1951 und erhielt dann, ab 1957, durch die [...] Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen ihre zentrale Instanz.

Die Sozialpartnerschaft bestand bald aus einem dichten Netz von Strukturen und Aufgaben. [...] Die Sozialpartnerschaft wurde zum zweiten institutionellen Gefüge, das die beiden großen Lager aneinander band. [...]

Die oft – unzulässig vereinfacht – als „Nebenregierung“ bezeichnete Sozialpartnerschaft war keine Konkurrenz zu den Parteien und zu den Verfassungsorganen. Vielmehr war die Sozialpartnerschaft eng mit den Parteien und, über diese, mit Parlament und Regierung verflochten.“

Quelle: Pelinka, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. Innsbruck 2005, S. 43 f.

M₉ Ursachen für die Rückläufigkeit der Wahlbeteiligung

Die Parteien können den Wählenden immer weniger Funktionen anbieten – jenseits ihrer Kernfunktion, der Kandidatur bei Wahlen und der damit verbundenen Rekrutierung des politischen Führungspersonals. Das Verhalten der WählerInnen ist daher durchaus rational: Da Parteien in vielen gesellschaftlichen Bereichen nicht mehr die zentrale Funktion haben wie in der Nachkriegszeit – z.B. bei der Vergabe von Wohnungen und beruflichen Karrieren -, ist das Interesse an den Parteien gesunken. Da die loyale Bindung an eine Partei – ausgedrückt in Mitgliedschaft und stabilem Wählerverhalten – nicht mehr in früherem Maße mit bestimmten Leistungen von Seiten der Parteien verbunden ist, geht diese Bindung zurück. Die Parteien haben weniger zu bieten – und deshalb werden sie weniger nachgefragt.“

Quelle: Pelinka, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien, Innsbruck 2005, S. 77

M₁₀ Funktion des Parteibuchs

Bis in die 1960er-Jahre war auch die „Lagermentalität“ ein wesentliches Element der politischen Kultur des Landes. Sie basierte auf relativ geschlossenen soziokulturellen Milieus, die die beiden weltanschaulichen Lager der Sozialdemokraten und der Christlich-Konservativen, der Vorläuferpartei der ÖVP, herausgebildet hatten. Konkret bedeutete das, dass man ÖVP oder SPÖ nicht nur wählte, sondern auch beim entsprechenden Freizeitclub, Automobilclub etc. Mitglied war. Die ParteigängerInnen wurden von der „Wiege bis zur Bahre“ betreut. Das Parteibuch galt nicht nur als Ausdruck der „richtigen“ Gesinnung oder Weltanschauung, sondern entschied nicht selten über Lebenschancen wie die Vergabe von Arbeitsplätzen, Wohnungen und Karrieremöglichkeiten. Dementsprechend war die Organisationsdichte der Parteien – besonders auch im europäischen Vergleich – außergewöhnlich hoch. Noch in den 1950er- und 1960er-Jahren war in Österreich jede/r vierte Erwachsene Mitglied einer politischen Partei – mehr Parteibücher im Verhältnis zur Einwohnerzahl gab es in keinem anderen demokratischen System Europas.

Quelle: <http://demokratiezentrum.org/de/index.html?idcatside=95>

M₁₁

Ursachen für den Rückgang des Einflusses der Großparteien

Mit der Privatisierung der Verstaatlichten Industrie, der bald auch die Privatisierung der Großbanken folgen sollte, reduzierten sich die Eingriffsmöglichkeiten der Parteien ganz entscheidend. Die Großparteien konnten nun nicht mehr die Jahrzehnte hindurch genährte Erwartung befriedigen, nicht nur generell, sondern auch in konkreten Einzelfällen die Verantwortung für die Lebenschancen der Menschen zu übernehmen. Das „Parteibuch“ hörte allmählich auf, erkennbar und berechenbar Vorteile bei der Verteilung von Lebenschancen mit sich zu bringen.

Quelle: Pelinka, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien. Innsbruck 2005, S. 74

M₁₂

Alignment und Dealignment

Der abnehmende Organisationsgrad von SPÖ und ÖVP war weniger darauf zurückzuführen, dass eine große Zahl von Mitgliedern ausgetreten wäre; mehr darauf, dass die Großparteien mehr und mehr ihre Fähigkeit einbüßten, die junge Generation zu gewinnen. Der Faktor Generation war die Hauptursache hinter dem Abstieg der Großparteien in den 1980er- und 1990er-Jahren – hinter ihrem Abstieg als Wahlwerber und hinter ihrem Abstieg als Organisationseinheiten.

Damit war der Parteienstaat der Zweiten Republik erheblich getroffen. Denn die beiden Großparteien hatten es ja Jahrzehnte hindurch geschafft, den latenten Konflikt der Generationen am Ausbrechen zu hindern – vor allem auch durch die Einrichtung spezieller Jugendorganisationen, wie der Teilorganisation Junge Volkspartei oder der Vorfeldorganisation Sozialistische Jugend. So gelang es ihnen, die Jugend politisch einzubinden und ihre Aktivitäten zu kanalisieren.

Das änderte sich in den 1980er-Jahren. Die jungen Wählerinnen und Wähler wählten plötzlich ganz anders als die älteren. Und diese Dynamik der Jungen richtete sich gleichermaßen gegen SPÖ und ÖVP. Nutznießer waren Grüne und Freiheitliche. Doch diese kamen nicht gleichermaßen in den Genuss dieser Entwicklung /.../

- ▶ Faktor Bildung: Die jungen Wählerinnen und Wähler, die grün wählten, waren weit überproportional solche mit höherer Bildung; diejenigen, die freiheitlich wählten, waren überproportional solche ohne höhere Bildung. /.../
- ▶ Faktor Geschlecht: Die Grünen waren von Anfang eine Partei, die deutlich mehr Frauen als Männer anzog; die Freiheitlichen verdankten ihr Wachstum vor allem den Stimmen von Männern.

Quelle: Pelinka, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien. Innsbruck 2005, S. 68

Die Alignment-Theorie geht davon aus, dass Wählerschichten stets einer Dynamik unterliegen. Mit steigendem Wohlstand werden aus Miethausbewohnern Hausbesitzer, aus Arbeiterkindern Beamte oder aus Bauern und Kleingewerblern Facharbeiter und Angestellte. Mit dem gesellschaftlichen Wandel ändern sich die politischen Interessen und somit auch die entsprechenden Präferenzen. Dies schlägt sich jedoch nicht immer gleich im Wahlverhalten nieder. Aus Gewohnheit, Angst vor Veränderung oder aus Mangel an Information stimmen Wähler für Parteien, mit denen sie sich längst nicht mehr wirklich inhaltlich oder ideologisch identifizieren

In vielen Fällen ist das Wahlverhalten auch davon geprägt, für das jeweils kleinere Übel votieren zu wollen. Jedenfalls entfernen sich die Regierten emotionell, ideologisch und inhaltlich immer weiter von den Regierenden. Obwohl das politische System dadurch immer mehr aus dem Lot gerät, vermag eine clevere Partei mit entsprechend geschickter Öffentlichkeitsarbeit immer wieder genug Wähler zu mobilisieren, um sich an der Macht zu halten. Das funktioniert so lange, bis außergewöhnliche Umstände oder ein besonders begabter Oppositionspolitiker Wähler und Gewählte auf eine andere Linie bringen, daher der englische Begriff „Alignment“.

Quelle: Heinisch, Reinhard (Politikwissenschaftler): Ein Land wie Bayern? Vorwärts zurück zur kleinbürgerlichen Idylle – Der Erfolg Jörg Haiders aus der Sicht der amerikanischen Politikwissenschaft, in: Wiener Zeitung extra, 22./23. Oktober 1999, S. 13

M₁₃ Funktion des Proporz

Besonders in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde der Proporz im Rahmen der Großen Koalition zu einem prägenden Element der politischen Kultur. „Nie wieder Bürgerkrieg“ war eine Lektion, die ÖVP und SPÖ aus den leidvollen Erfahrungen der Ersten Republik, die im Terror des nationalsozialistischen Regimes endeten, gelernt hatten. Die Lehre aus diesen Erfahrungen von Parteienhader und Klassenkampf führte neben anderen Gründen (Erringung der Souveränität, Wiederaufbau etc.) zu einer engen Zusammenarbeit der beiden großen Parteien. Die gegenseitige Skepsis blieb jedoch bestehen. Die Koalition und mit ihr der Proporz wurden so zu einem Instrument der gegenseitigen Kontrolle.

Quelle: <http://demokratiezentrum.org/de/index.html?idcatside=95>

M₁₄ Kritik am Proporz

Der politische Elitenkonsens mit dem ausgeprägten Proporzsystem bewirkte eine extreme Machtverfilzung der Großparteien. Selbst während der SPÖ-Alleinregierungen war die ÖVP „machtpräsent*“, auf der Landesebene (die „schwarzen Bundesländer“) und in der Sozialpartnerschaft. Dazu kam noch die restriktive Rekrutierungsstrategie** über den Kanal der „Parteibuchwirtschaft“. Die langen Regierungsfunktionen führten zu natürlichen Abnützungerscheinungen und bildeten ein optimales „Soziotop“ für Korruption und andere Fehlfunktionen. Der Elitenkonsens förderte die Korruption nach dem Motto: „Du deckst nicht meine Skandale auf, dafür schweige ich über deine.“ Die Eliten der österreichischen Großparteien waren sich darin einig, nicht zu viel öffentliche Transparenz in den „Hinterhöfen ihrer Macht“ zuzulassen.

* präsent: anwesend

** einschränkende Strategie der Anwerbung

Quelle: <http://www.demokratiezentrum.org/media/pdf/paradigmen.pdf>

M₁₅ Rückgang des Proporz

In den letzten Jahren ist die Allgegenwart des Parteienproporz schrittweise zurückgegangen. Staatliche Betriebe wurden privatisiert, gingen ein oder verloren an Bedeutung, österreichische Branchenriesen fanden ausländische, meist deutsche, Käufer. Wenn neue private Unternehmen entstanden, konnten deren Belegschaften mit der alten Parteiendominanz meistens nichts mehr anfangen. Oft werden für die Betriebsratswahlen schon ‚unabhängige Listen‘ gebildet, in denen SPÖ und ÖVP nichts mehr zu sagen haben.

Quelle: Mappes-Niediek, Norbert: Österreich für Deutsche. Einblicke in ein fremdes Land. Berlin 2001, S. 75

M₁₆ Vorteile der Sozialpartnerschaft 1

Die wichtigste Zeit der Sozialpartnerschaft waren die 20 Jahre zwischen den beiden Großen Koalitionen. Die Sozialpartnerschaft ermöglichte eine Einbindung der SPÖ in die Entscheidungen zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung und eine ebensolche Einbindung der ÖVP in die Entscheidungen in den 16 Jahren, in denen die ÖVP in Opposition war. Die Sozialpartnerschaft war die Fortsetzung der Großen Koalition mit anderen Mitteln. Die Wiederkehr der Großen Koalition nahm der Sozialpartnerschaft diese Ersatzfunktion.

Quelle: Pelinka, Anton: Vom Glanz und Elend der Parteien. Innsbruck 2005, S. 45

M₁₇

Vorteile der Sozialpartnerschaft 2

Weil viele Interessen partnerschaftlich verhandelt und gelöst werden, gibt es in Österreich einen ausgeprägten sozialen Frieden und nur wenige Arbeitskonflikte führen zu Streiks.

Quelle: Gärtner, Reinhold: Politiklexikon für junge Leute. Wien 2008, S. 222

M₁₈

Sozialpartnerschaft in der Kritik 1

Warum kam die Sozialpartnerschaft trotz der unbestrittenen Erfolge im wirtschaftlichen und sozialen Bereich ins Gerede? Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, exogene und endogene. Von den exogenen Gründen wird insbesondere die Veränderung der Parteienlandschaft hervorgehoben. ÖVP und SPÖ bekannten sich ja immer zur Sozialpartnerschaft, die in der Opposition Stehenden waren immer skeptisch. Lange gab es nur eine einzige Oppositionspartei, die zudem nur einen kleinen Wähleranteil verkörperte. Seit dem Erstarren der FPÖ und zusätzlich /.../ weiteren Oppositionsparteien, die alle den Sozialpartnern skeptisch bis feindlich gegenüberstehen, wurde die Kritik lauter. ÖVP und SPÖ reagierten auf diese Entwicklung in der Weise, dass sie nicht mehr ohne Weiteres bereit waren, Sozialpartnereinigungen *tel quel** umzusetzen. Das Parlament wurde etwas selbstbewusster und zeigte mehr Eigeninitiative. Eine weitere Kritik von außen ging in die Richtung, dass sich die Sozialpartner auf ihren eigenen Aufgabenbereich beschränken und sich nicht in allen Bereichen einmischen sollen. Schließlich ist nicht zu übersehen, dass der Beitritt zur EU Kompetenzverschiebungen mit sich brachte, wengleich der traditionelle Sozialpartnerbereich (Einkommenspolitik, Arbeitsrecht, Sozialversicherung) weiterhin innerstaatliche Kompetenz ist.

Noch wichtiger erscheinen mir aber die endogenen Ursachen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Verbände hat abgenommen. /.../ Kompromisse werden abgelehnt.

*) *tel quel*: Handelsklausel, bei der der Verkäufer Haftung ausschließt.

Quelle: Mayr, Martin (Leiter der Abteilung Sozialpolitik der Wirtschaftskammer Österreich): Ist die Sozialpartnerschaft am Ende?, in: GÖD 05/2000, S. 30 f.

M₁₉

Sozialpartnerschaft in der Kritik 2

Schnelligkeit war nie die Stärke des sozialpartnerschaftlichen Systems. Wer immer den Kompromiss sucht, der braucht länger für Entscheidungen als jemand, der ohne Rücksicht auf andere seine Strategien durchzieht. Heute, angesichts sich immer rascher ändernder weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, kommt es aber viel mehr darauf an, schnelle Entscheidungen zu treffen, als in der Nachkriegszeit, als es galt, aus dem Chaos eine neue, langfristig tragfähige Wirtschaftsordnung aufzubauen.

Die immer schon vorhandenen Schwächen der Sozialpartnerschaft werden deshalb immer mehr zum Problem für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit. Ab und zu kreativ zu streiten und auf diese Weise innovative Lösungen zu suchen wäre erfolversprechender, als immer nur einmal Erreichtes um jeden Preis zu verteidigen. Erfolgreiche Unternehmen krepeln alle paar Jahre ihre Organisation um, damit frischer Wind in die Büros und Fabrikshallen kommt und eingefahrene Geleise verlassen werden.

Wenn die Sozialpartnerschaft nach nunmehr einem halben Jahrhundert sich nicht an die geänderten Umweltbedingungen anpasst, wird sie bald nicht mehr als segensreiche Errungenschaft des Wiederaufbaus gesehen werden, sondern als Hemmschuh für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.

Quelle: Christl, Reinhard (Chefredakteur der Monatsschrift „Industriemagazin“): Kammer nix machen. Muster ohne Wert: Die österreichische Sozialpartnerschaft hat ausgedient, in: Der Standard, 10. Juli 1995